

Potsdam: Chancengerechtigkeit für Alle



Antworten von Martina Trauth, OB Kandidatin für DIE LINKE

1. Integration / Inklusion

1a) Welches Konzept haben Sie für die Integration unterschiedlicher Migrantengenerationen?

Das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2016-2020 bietet eine solide Grundlage der Integrationsarbeit für Potsdam, das für mich Maßstab und handlungsleitend ist. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Erarbeitung des Konzeptes durch ein breit angelegtes Beteiligungsverfahren erfolgte. Dieses Vorgehen entspricht meinen politischen Zielen einer wirksamen Bürger*innen- und Betroffenenbeteiligung. Nun gilt es aus den Leitlinien, Zielen und Maßnahmen des Konzeptes prioritäre Ziele und Verantwortlichkeiten zur Umsetzung durch die Verwaltung und weiterer Akteur*innen zu erarbeiten und festzulegen.

Wichtig ist mir dabei, dass die Integrationspotenziale unterschiedlicher Migrant*innengenerationen sichtbar und besser nutzbar gemacht werden. Dies möchte ich durch die Stärkung von Unterstützungsstrukturen, durch Begleitung und Vernetzung befördern. Deswegen werde ich als Oberbürgermeisterin das geplante Modellprojekt „Stadtteilmütter“ umsetzen. Das Projekt eignet sich in hervorragender Weise, Migrant*innen und ihren Familien in den Quartieren die Integrationsprozesse zu erleichtern.

1b) Was verbinden Sie mit Inklusion und wie wollen Sie diese in der LHP voran bringen?

Für mich bedeutet Inklusion das chancengerechte Zusammenleben für Alle. Dabei geht es um die Überwindung jedweder Diskriminierung auf der Grundlage der Menschenrechte. Die Verwirklichung diskriminierungsfreier Teilhabe sehe ich als wichtige gesellschaftliche Aufgabe an. Beim Thema Vielfalt denken wir meist an unterschiedliche Kulturen, Religionen, Geschlecht etc. Ich bin der Überzeugung, dass es nicht darum geht, mit der Vielfalt von anderen umzugehen, sondern selbst Teil von Vielfalt zu sein und mit anderen in Vielfalt zusammenzuleben. Hier geht auch darum, sich mit Benachteiligungen auseinanderzusetzen, die die Menschen erfahren, wie z.B. Armut. Armut verhindert Teilhabe, Armut ist Mangel an Möglichkeiten. Ich sehe Inklusion nicht als Projekt, sondern als Aufgabe an, die alle Bereiche einer Kommune betrifft. Als Oberbürgermeisterin werde ich mich gegen Diskriminierung und für Chancengleichheit auf allen Ebenen einsetzen. Ich werde mich dafür stark machen, Benachteiligungen in der Arbeitswelt von Frauen und Männern in der Stadtverwaltung sowie in den städtischen Eigenbetrieben abzubauen. Ich werde die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in den Stadtteilen verbessern, indem die unterschiedlichen Angebote aus Schule, Jugendamt, Gesundheits-, Bildungs- und Jugendeinrichtungen sowie Beratungsangeboten miteinander verknüpft und gestärkt werden. Außerdem sollen alle Kinder in den Schulen ein kostenloses gesundes Frühstück und Mittagessen mit sozialpädagogischer Betreuung bekommen.

Die Fortschreibung des Lokalen Teilhabepplans 2.0 bietet ebenso wie das Integrationskonzept eine solide Grundlage für die Schaffung einer barrierefreien Umwelt für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung. Er ist ebenso Maßstab und handlungsleitend für mich wie das Integrationskonzept. Deswegen werde ich mich als Oberbürgermeisterin für die Finanzierung der Umsetzung stark machen.

2. Arbeit und Beruf

2a) Meinen Sie, dass die Qualifikationsangebote für arbeitssuchende Frauen im JobCenter Potsdam ausreichend sind und wie gewährleisten Sie die faire Bezahlung von Referentinnen?

Nach meiner Beobachtung sind die Angebote des Job-Centers für arbeitssuchende Frauen noch zu wenig auf die konkrete Lebenssituation der Frauen ausgerichtet. Insbesondere Alleinerziehende benötigen abgestimmte Förderprogramme. Aber auch hier gilt, dass diese Aufgabe nicht allein dem Job-Center überlassen werden darf. Frauen werden oft arbeitslos nachdem sie Kinder bekommen haben. Deshalb stehen Arbeitgeber*innen hier in besonderer Verantwortung, durch Umschulungs-, Weiterbildungs- und Qualifikationsangebote Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Frauen ohne abgeschlossenen Schul- bzw. Berufsabschluss können über Praktika, verbunden mit Bildungsangeboten, ihren Weg aus der Arbeitslosigkeit finden. Auch Ausbildungen in Teilzeit, besonders für Alleinerziehende müssen verstärkt angeboten und bekannt gemacht werden.

2b) Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Wirtschaftsförderung in Potsdam speziell Gründerinnen und Unternehmerinnen als Wirtschaftsfaktor sichtbar zu machen?

Die innovative Dynamik unserer Wirtschaft wird auch durch Existenzgründungen und einer Vielzahl kleinerer Unternehmen geprägt. Frauen spielen dabei eine immer größere Rolle, was auch angesichts des demografischen Wandels zwingend erforderlich, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und weiter zu stärken.

Ich möchte, dass noch mehr Frauen den Schritt in die Selbständigkeit wagen, denn auch in Potsdam werden mehr Unternehmen von Männern als von Frauen gegründet. Dabei mangelt es Frauen keineswegs an guten Geschäftsideen, aber vielleicht manchmal an Vorbildern und der Möglichkeit, Familie und Selbständigkeit gut miteinander vereinbaren zu können. Deswegen sind flexible Betreuungszeiten in Kitas wichtig. Was wir aber auch brauchen, sind noch mehr Unternehmerinnen, die Flagge zeigen, und all den anderen potenziellen Gründerinnen Mut machen, die eigene Idee umzusetzen. Hier hilft eine stärkere Vernetzung von Frauen, wie zum Beispiel durch den Unternehmerinnenstammtisch in Potsdam. Diesen Zusammenschluss stärker zu nutzen, um den konkreten Unterstützungsbedarf zu erfahren, werde ich mir zur Aufgabe machen.

3. Stadt als Arbeitgeberin

3a) Welche Möglichkeiten sehen Sie in der Stadt Potsdam, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchzusetzen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzubauen?

Durch das Tarifrecht ist das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ im Grundsatz gesichert. Schwierig ist es aber, Frauen den Zugang zu mittleren und höheren Leitungsfunktionen zu ermöglichen. Hier begrüße ich ausdrücklich die Initiative der Fraktionärinnen der Stadtverordnetenversammlung, ein Mentoring-Programm für künftige Fachbereichsleiterinnen aufzulegen. Diesen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung setzt die Verwaltung um. Ein Aufruf wurde gestartet. Das ist ein guter Anfang. So können sich Frauen zielgerichtet auf eine weitere Berufsperspektive vorbereiten.

Das Problem prekärer Beschäftigungsverhältnisse sehe ich weniger in der Stadtverwaltung, sondern eher bei den städtischen Töchtern und dort bei den Subunternehmen. Ich plane das Gespräch mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern, um zu überlegen, wie wir sowohl in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben die Arbeitsbedingungen verbessern und möglichst viel gute Arbeit realisieren können. Es wird aber auch darum gehen, wie wir die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten verbessern können und wie betriebliche Mitbestimmung effektiver gestaltet werden kann. Ich setze mich dafür ein gemeinsam mit den Beschäftigten eine aktive Personalentwicklung zu gestalten in der der Grundsatz des lebenslangen Lernens effektiv verwirklicht wird. Das Ziel muss sein, dass endlich wieder die tarifvertraglich abgesicherte Festanstellung das Normalarbeitsverhältnis darstellt. Dafür werde ich kämpfen, denn gerade als Gleichstellungsbeauftragte weiß ich: prekäre Beschäftigung trifft vor allem Frauen. Aber nicht nur sie.

3b) Wie gehen Sie die interkulturelle Öffnung in der Verwaltung und den städtischen Betrieben an?

Weder vor der Stadtverwaltung noch vor den städtischen Betrieben machen der demografische Wandel und damit der Fachkräftemangel halt. Wir sind darauf angewiesen, die Chancen, die wir mit dem Zuzug von Geflüchteten, Migrant*innen und ausländischen Bürger*innen bekommen haben zu nutzen. Die anderen städtischen Unternehmen, wie die Stadtwerke oder ProPotsdam werden nicht umhin kommen, ihr technisches Personal zielgerichtet aus den Reihen unserer neuen Mitbürger*innen zu gewinnen und dafür entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote bzw. Kooperationen zu entwickeln. Mit solider Sprachausbildung, guter Bildung und mit speziell auf die Bedingungen dieser Mitbürger*innen ausgerichteten Berufsausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen können wir deren fachliche und interkulturelle Kompetenzen nutzen. Nach dem Vorbild der Uni Potsdam, die Geflüchteten, Emigrierten und Aus- und Zugewanderten in einem speziell auf sie ausgerichteten Programm einen Abschluss als Lehrer*innen eröffnet, kann ich mir das auch für die Brandenburgische Kommunalakademie vorstellen. Auch die Fachhochschule Potsdam, die Volkshochschule und andere Bildungsträger könnten für diese Form der Vorbereitung ausländischer Mitbürger*innen auf das Berufsleben gewonnen werden. Unter diesem Gesichtspunkt müsste das beschlossene „Personalentwicklungskonzept 2020“ in seiner Umsetzung noch einmal überdacht werden um Entwicklungsmöglichkeiten eigens für diese Menschen aufzunehmen. Möglichkeiten sehe ich auch in der zielgerichteten Aufnahme von Azubis mit interkulturellem Hintergrund, wie das andere Städte bereits seit längerem praktizieren. Im städtischen Klinikum gibt es Initiativen, Pflege- und ärztliches Personal zielgerichtet im Ausland für eine Tätigkeit in Potsdam zu werben.

4. Interreligion

An welcher Stelle setzen Sie sich für einen interreligiösen Austausch ein?

Trotz aller Bemühungen gibt es keinen Raum für muslimische Frauen ihre Religion auszuüben und in den Austausch zu gehen - Was werden Sie dagegen tun?

In Potsdam gehört die Mehrheit der Bevölkerung keiner Religionsgemeinschaft an. Die größte Religionsgemeinschaft ist die Gruppe der Christen, die etwa 20% der Bevölkerung ausmacht. Neben den Christen haben sich in den 1990er Jahren weitere religiöse Gemeinschaften etabliert, u.a. die Jüdische Gemeinde, die Synagogengemeinde, die Gesetzestreue Jüdische Gemeinde, der Verein der Muslime in Potsdam, die Bahai-Gemeinde.

Durch den Zuzug von Menschen aus afrikanischen und arabischen Ländern wird es mehr Potsdamer*innen geben, die Mitglieder einer Glaubensgemeinschaft sind und es wird einen stärkeren Bedarf nach sozialen, seelsorgerischen und pädagogischen Angeboten geben. Religionsgemeinschaften vermitteln ihren Mitgliedern Identität und Zusammenhalt über ein gemeinsames Bekenntnis und eine gemeinsame Lebens- und Glaubenspraxis. Sie können als Anlaufstelle fungieren, um sich in einer neuen Stadt oder einem neuen Land zurechtzufinden. Religiöse Einrichtungen sind daher Orte der Begegnung und des Austausches. Wichtig ist, die Toleranz der Religionen untereinander zu fördern. Ich werde als Oberbürgermeisterin den Interreligiösen Dialog zur Chefsache machen mit dem Ziel der Vermittlung zwischen der auf Identität zielenden Glaubenspraxis und dem Wunsch nach einem gelingenden Zusammenleben aller Bürger*innen unserer Kommune.

In Potsdam stehen nicht allen Religionsgemeinschaften angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung. Beim neuen Gebetsraum der Alfaruk-Moschee Am Kanal in Potsdam ist es für die Frauen zurzeit aus Platzgründen nicht möglich, am Freitagsgebet teilzunehmen. Als Oberbürgermeisterin werde ich mich für eine Lösung stark machen.

5. Wohnen/Bauen/Stadtentwicklung

Wie wollen Sie finanzierbaren Wohnraum insbesondere für Alleinerziehende, Rentnerinnen und Studentinnen mit geringem Einkommen und für Frauen in Notsituation zukunftsicher zur Verfügung stellen? - Welche sind für Sie die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen bezogen auf das Wohnen, Bauen und die Stadtentwicklung in der LHP und wie kann die Beteiligung von Frauen in diesen Fragen gestärkt werden?

Um finanzierbaren Wohnraum, insbesondere für Alleinerziehende, Rentnerinnen und Studentinnen mit geringem Einkommen und für Frauen in Notsituation zukunftsicher zur Verfügung stellen zu

können werde ich mich als Oberbürgermeisterin dafür einsetzen, dass die Stadt Einfluss auf die Mietpreisentwicklung zurückgewinnt.

Ich werde sofort einen Aktionsplan bezahlbaren Wohnraum starten, mit dem Ziel einer festen Quote von 30 Prozent sozialen Wohnraums und dauerhafter Belegungsbindung. Außerdem werde ich die städtische Liegenschaftspolitik neu ausrichten: Grundstücke in städtischem Eigentum werden grundsätzlich nicht mehr verkauft. Vergaben erfolgen in Erbbaupacht nach Konzept und nicht mehr im Höchstgebotsverfahren. Frauennotwohnungen werde ich ausreichend vorhalten sowie die Finanzierung des Frauenhauses sichern. Auch werde ich mich auf Landesebene dafür einsetzen, dass Frauenhäuser endlich als pflichtige Aufgabe in den Gesetzeskatalog kommen. Mit der Novellierung des BauGB wurde Gender Mainstreaming als Strategie zur Durchsetzung von Chancengleichheit auch in der Bauleitplanung verankert. Ich werde als Oberbürgermeisterin eine integrierte Stadtentwicklungsplanung umsetzen mit dem Ziel, chancengleiche Lebensbedingungen der Menschen innerhalb der verschiedenen Planungsvorhaben zu schaffen. Ebenso werde ich offene, kooperative und transparente Planungsprozesse einführen, in denen darauf geachtet wird, dass bei Rahmenplanungen eine frühzeitige Einbindung von Frauen und Männern aus den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen stattfindet, damit deren Ideen und Potenziale genutzt und ihre Bedürfnisse ausreichend berücksichtigt werden.

6. Generationengerechtigkeit

6a) Welche Maßnahmen bringen Sie zur Bekämpfung von Altersarmut mit?

Von Altersarmut sind insbesondere ältere Frauen betroffen, die aufgrund von prekären Beschäftigungsverhältnissen oder auch langen Familienpausen und Arbeit in Teilzeit wenig Altersrente erhalten. Deswegen ist es wichtig, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, und Frauen die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt zu ermöglichen wie Männern, und gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu bezahlen. Bedauerlich ist, dass nach Schätzungen zwischen 57 und 68 Prozent der Berechtigten ihren Anspruch auf Grundsicherung im Alter oder gegebenenfalls vorrangige Ansprüche auf Wohngeld nicht einfordern. Die Informationen der gesetzlichen Rentenversicherung über eine Berechtigung zur Grundsicherung im Alter müssen verbessert und ältere Menschen bei der Beantragung dieser Leistungen besser unterstützt werden. Insbesondere sind sie ausdrücklich darüber aufzuklären, dass sie bei Inanspruchnahme dieser Leistungen nicht umziehen müssen und das Sozialamt in der Regel auch nicht auf das Vermögen ihrer Kinder zurückgreifen kann. Dafür werde ich Beratungsangebote in allen Potsdamer Stadtteilen ausbauen.

6b) Wie sind Ihre Ideen zur Verbesserung der Situation von Fachkräften in Kita, Hort und Schule und in der Weiterbildung?

Dem bestehenden Fachkräftemangel auch im Kinder- und Jugendhilfebereich wird seit Jahren nur mit Feuerwehractionen Einhalt geboten. Und das aufgrund der bestehenden Bundes- und Landesgesetzgebungen auch nur sporadisch. Ein strategisches Handeln, um dem entgegenzuwirken, ist leider bisher nicht erkennbar. Die in Potsdam für die Ausbildung von Erzieher*innen zuständigen freien Träger (AWO Potsdam und Hoffbauer-Stiftung) können den bestehenden Bedarf nicht allein abdecken. Eine kommunale Beteiligung an der Aus- und Weiterbildung, bzw. die Einführung von Quereinsteiger-Maßnahmen in diesem Tätigkeitsbereich sind m. E. nach dringend erforderlich. Die Wiedereinführung von Kitas und Horten in kommunaler Trägerschaft sind dabei eine mögliche Maßnahme. Bei der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften kann ich mir eine Übernahme der Kosten durchaus vorstellen.

7. Finanzen

7a) Was verstehen Sie unter einer geschlechtergerechten Mittelverteilung im städtischen Haushalt? Wie ist Ihre Position dazu?

Das Verfahren nennt sich Gender Budgeting. Bei dem Gender Budgeting Verfahren zur systematischen Analyse und Gestaltung der öffentlichen Haushaltspolitik werden alle haushaltspolitischen Entscheidungen, Maßnahmen, Programme und Gesetze sowie die Haushaltspläne auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer überprüft. Auf Grundlage dieser Analyseergebnisse wird das gesamte Haushaltsverfahren mit dem Ziel der Realisierung der gleichstellungsorientierten Ressourcenverwendung umgestaltet. Eingeschlossen sind erforderliche Umstrukturierungen der Einnahme- und Ausgabeverfahren. Das wird so in Potsdam nicht praktiziert, muss aber mittelfristig als Grundsatz der Haushaltspolitik entwickelt werden. Hierfür brauchen wir ein Umdenken bei der Ressourcenaufteilung sowohl in der Verwaltung als auch in der Politik. Gender Budgeting sollte in die moderne Verwaltungsführung aufgenommen werden, ist aber eine echte Herausforderung und ein länger dauernder Prozess.

*7b) Die finanzielle Förderung der Projekte des Frauenzentrums Potsdam sind 100% freiwillige Leistungen. Wenn Sie Oberbürgermeister*in werden, wie setzen Sie sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Projekte ein?*

Die beispielgebende und auch im Land Brandenburg beachtete Arbeit unseres Potsdamer Frauenzentrums gilt es dort, im Land und auch auf städtischer Ebene zuverlässig mit auskömmlichen Mitteln zu finanzieren, in einem Mix aus städtischen Mitteln und mindestens 25%iger Beteiligung des Landes. Vorstellbar ist die Einrichtung einer Fachstelle in der Verwaltung, die sich allein um die Antragstellung für Projekte in den unterschiedlichen Ebenen (Europa, Bund, Land) für freie Träger bei der Landeshauptstadt Potsdam und so auch für das Frauenzentrum verantwortlich zeigt.

8. Frauen und Mädchen

8a) Halten Sie die Hilfs- und Beratungsangebote für Frauen und Mädchen in der Landeshauptstadt für ausreichend und dauerhaft finanziert?

Die bestehenden Angebote erscheinen mir quantitativ und qualitativ sehr gut aufgestellt. Das Manko besteht auch hier in der nicht ausreichenden Finanzierung der Träger. Da muss nachgebessert werden, gemeinsam in Verantwortung mit Bund und Land. Denkbar erscheint mir aber mit Blick auf knappe Mittel eine stärker wirkungsorientierte und damit strategische Ausrichtung der Angebote. Dazu wären aber zunächst die strategischen Ziele zu operationalisieren. Den Dialog dazu werde ich gerne führen.

8b) Was unternehmen Sie dafür, dass herausragende Frauen der Landeshauptstadt bei Ehrungen angemessen berücksichtigt werden?

Die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Helga Schütz auf dem Neujahrsempfang der LHP 2018 war ein wichtiges Ereignis, welches KEIN Alleinstellungsmerkmal bleiben darf. Die jährliche Verleihung des Hexenbesens an herausragende Frauen, die Verleihung von Ehrenamtspreisen an Frauen bzw. Frauenprojekte aus der Bürgerschaft halte ich für wertvolle und nicht mehr wegzudenkende Formen der Ehrung in unserer Stadt. Bei Einträgen in das Goldene Buch werde ich als Oberbürgermeisterin darauf achten, dass zukünftig mehr Frauen geehrt werden.